

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion um den Austritt der Briten aus der Europäischen Union hat uns auch in Niedersachsen noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie eng die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen aus den unterschiedlichen Mitgliedstaaten geworden sind. Tausende von Britinnen und Briten, die in Niedersachsen leben, Tausende von Niedersächsinen und Niedersachsen, die in Großbritannien ihre Heimat haben. Eine Vielzahl von Unternehmen aus unserem Bundesland, die mit britischen Firmen Handel treiben oder eigenen Standort in Großbritannien unterhalten. Sie alle haben sich auf die sicheren Rahmenbedingungen der Europäischen Union verlassen und wissen nun nicht, wie es weitergeht.

Wer in Deutschland den Populisten von Links oder Rechts glauben möchte, Deutschland sei ohne die EU besser dran, sollte aufmerksam nach Großbritannien schauen. Wenn Deutschland seinen Platz in der Welt behaupten will, dann geht das nur mit unseren europäischen Bündnispartnern und mit einem gemeinsamen europäischen Markt. Dafür werden wir in den nächsten Wochen bis zur Europawahl kämpfen.

Ich freue mich drauf!

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

#STARKERSTAAT IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Unionsfraktionen von Bund und Ländern starten Kampagne für den Rechtsstaat



Immer wieder wird der deutsche Rechtsstaat in den sozialen Medien als schwach und inkonsequent dargestellt. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, haben die Fraktionen von CDU und CSU auf Bundes- und Landesebene die Social-Media-Kampagne #StarkerStaat ins Leben gerufen. Diese verfolgt das Ziel, deutschlandweit über den „Pakt für den Rechtsstaat“ zu informieren, eine Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Rechtsstaats. „Ein starker Staat ist Kernanliegen der Unionsfraktionen. Der deutsche Rechtsstaat duldet keine Verbrechen. Er muss seinen Bürgern konsequent zur Durchsetzung ihrer Rechte verhelfen“, sagt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner. Dazu gehöre beispielsweise eine Verbesserung des Austauschs zwischen Staatsanwaltschaften und Polizei in Bund und Ländern, schnellere und einfachere Gerichtsverfahren und die Stärkung des Opferschutzes. Mit diesen und weiteren Maßnahmen will die CDU den Rechtsstaat

für die Zukunft aufstellen. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Sicherheit“, so Lechner.

Mit Bürgern diskutieren

Der Startschuss zur Kampagne erfolgte am 11. März. Noch bis zum 14. April 2019 sollen die Bürgerinnen und Bürger mithilfe animierter und Zitat-Sharepics sowie verschiedener Videos zu den jeweiligen Themenfeldern über den „Pakt für den Rechtsstaat“ sowie über umgesetzte Maßnahmen informiert werden. Auch Live-Schaltungen über Facebook, um direkt mit den Bürgern zu diskutieren, sind ein Teil des Konzepts. Jede Woche stand und steht dabei ein anderer Themenschwerpunkt im Fokus: Die erste Woche war der Bekämpfung der Clan-Kriminalität gewidmet, es folgten Gewalt gegen Polizeibeamte, Sicherheit im digitalen Raum und Einbruchskriminalität. Aktuell läuft die letzte Themenwoche zum Gebiet der Rechtsdurchsetzung.